



**Dr. Johann Wadepuhl**

*Mitglied des Deutschen Bundestages*

**Newsletter 20 vom 07.06.2019**

## **Migration und Fachkräftezuwanderung im deutschen Interesse neu geregelt**

Am heutigen Freitag, den 7. Juni 2019 hat der Deutsche Bundestag mehrere Gesetze aus den Bereichen Migration und Zuwanderung beschlossen. Ein Teil der Neuregelungen zielt darauf, Verbesserungen bei den Themen Rückführung, Registrierung und Datenaustausch zu erreichen. Diesen Zwecken dienen die Novellen zweier Gesetze aus der vergangenen Wahlperiode, nämlich des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie des Datenaustauschverbesserungsgesetzes. Weitere Gesetze zielen unter anderem auf die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern sowie auf die Gewinnung von Fachkräften. Hierbei sollen die Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung erleichtert werden.

### **Meine Meinung**

Humanität und Härte sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Ereignisse des Jahres 2015 haben uns nachdrücklich vor Augen geführt, dass der Zustrom hunderttausender von Personen unsere Städte und Gemeinden, unsere Ämter und Behörden, vor allem aber unsere Gesellschaft an die Belastungsgrenze gebracht hat. Damals haben wir erkannt, wie wichtig es ist, schnell zu entscheiden, wer bei uns bleiben darf und wer nicht. Neben einer Verschärfung des Asylrechts war es damals eine gute und ehrlich gesagt schon damals längst überfällige Idee, den Austausch von Daten zwischen unserer Bundespolizei, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlingen und den Ämtern und Ausländerbehörden vor Ort zu beschleunigen. Nachdem hier in der Zwischenzeit umfangreiche Erfahrungen gesammelt worden sind, wird nun gezielt nachgesteuert: Das Ausländerzentralregister wird weiter ertüchtigt, der Datenzugriff erleichtert und die Bundespolizei bekommt neue Befugnisse bei der Registrierung von Personen. Der Überblick über ausreisepflichtige Personen ist letztlich die unverzichtbare Voraussetzung für Rückführungen.

Dass es bei diesem Thema Verbesserungsbedarf gibt, ist jedem Zeitungsleser bekannt. Dem wird nun Rechnung getragen: sowohl bei den Abläufen wie auch bei der Handhabung von Problemfällen. Mit dem sogenannten „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ wird zum einen die Abschiebehaft erweitert und zum anderen die Möglichkeit geschaffen, in Wohnungen

nach Leuten zu suchen, die sich verstecken, um einer Abschiebung zu entgehen. Vernünftig ist auch, dass gegen straffällige Ausländer härter vorgegangen werden, beispielsweise wegen Sozialleistungsbetrug oder Drogenhandel. Personen, die nicht kooperieren, wenn es um die Ermittlung ihrer Identität geht, müssen richtigerweise Wohnsitzauflage und Beschäftigungsverbot in Kauf nehmen.

Genauso im Mittelpunkt unserer Interessen wie die umfangreiche Agenda beim Thema Rückführung ist das ebenfalls heute beschlossene neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Schon seit Jahren macht der Mangel an qualifizierten Fachkräften unserer heimischen Wirtschaft das Leben schwer. Neben allen Anstrengungen im Bereich der Bildungspolitik müssen wir dringend dafür sorgen, dass Top-Leute aus dem Ausland in unsere heimischen Unternehmen kommen können. Mit dem Gesetz senken wir die bürokratischen Hürden erheblich und beschleunigen die Anerkennungsverfahren. Damit machen wir den Standort Deutschland wettbewerbsfähig im internationalen Werben um die besten Köpfe. Gerade im IT-Bereich dürfen wir den Anschluss nicht verlieren!

Die Gesetze, die wir heute abschließend beraten und verabschiedet haben, zeigen nicht zuletzt eines: Die politische Arbeit der Großen Koalition läuft trotz aller medialen Aufgeregtheit nach dem Führungswechsel bei der SPD rund. Im Maschinenraum unseres politischen Systems leisten die Fachpolitiker von Union und SPD weiter erfolgreich ihre Arbeit!

Ich wünsche Ihnen Frohe Pfingsten!

Ihr



Johann Wadepful